

## **Rede von Matthias Jochheim auf der IPPNW-Kundgebung am 28. April 2024 in Frankfurt a.M.**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir sind Aktive aus Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, die heute hier mit Redebeiträgen, kleinen szenischen Darstellungen und Liedern für Frieden und die elementaren Menschenrechte demonstrieren, ohne die ein friedliches, humanes Zusammenleben auch hier bei uns nicht möglich ist. Denn diese Rechte sind auch in Deutschland zunehmend in Gefahr. Rassismus richtet sich gerade auch hierzulande zunehmend gegen die Rechte von Menschen, die vor Krieg, großer Not und Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen mussten, aus Afghanistan, Syrien, Ukraine oder afrikanischen Ländern.

Manche Politikerinnen und Politiker - nicht nur der sogenannten *Alternative für Deutschland* - kochen ihr demagogisches Süppchen auf den Ängsten und rassistischen Vorurteilen gegenüber denen, die vor Kriegen flohen, im Fall von Afghanistan einem Krieg, an dem deutsche Soldaten über mehr als 20 Jahre aktiv beteiligt waren. Die türkische Armee, ein NATO-Partner, setzt Panzer aus Deutschland in ihrem Krieg in den kurdischen Gebieten Syriens ein, aus diesem Land kommt ein weiteres großes Kontingent von Geflüchteten nach Europa.

Auch die neokoloniale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union schafft in afrikanischen Ländern Notlagen, denen die Menschen durch Flucht zu entkommen suchen. Der Weg über das Mittelmeer ist dabei schon für zehntausende Geflüchtete zur Todesfalle geworden, Opfer einer Abschottungspolitik, an der Deutschland sehr aktiv beteiligt ist. Die sogenannte „Alternative für Deutschland“ und ähnliche Parteien in anderen europäischen Ländern schüren die Ängste und die Aversion - bis zum Hass gegen Geflüchtete.

### **Unsere Forderungen dagegen:**

- Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten!
- Schluss mit der neokolonialen Ausplünderung der Länder des globalen Südens!
- Schluss mit den Interventionskriegen im globalen Süden!
- Solidarische Unterstützung der Geflüchteten, statt einer barbarischen Abschiebepolitik!

Dafür werden wir uns als IPPNW auch in Zukunft weiter einsetzen.